

**Betreibung Kultureller Bildungsverbund "Jobs@Opera"
für das Jahr 2025
Antragsformular**



An
Bezirksamt Mitte von Berlin
Amt für Weiterbildung und Kultur
Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
BiKu 4 101
z.H.d.v. Leonora Wirth

Bitte füllen Sie dieses Formular sorgfältig aus, fügen Sie die erbetenen Anlagen hinzu. Nur ein vollständig ausgefüllter und unterschriebener Antrag kann bearbeitet werden. Ihre Angaben werden vertraulich behandelt und dienen ausschließlich den Förderungszwecken.

Bitte reichen Sie das Formular mit allen Anlagen postalisch (gelocht – keine Folien, Spiralheftungen o. ä.) ein. Bitte schicken Sie zudem das ausgefüllte Formular mit Anlagen digital an projektfoerderung@ba-mitte.berlin.de. Die digitale Version benötigt keine Unterschrift.

Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller
Institution / künstlerische Leitung

Name, Vorname

Anschrift (bei Anträgen freier Träger Angabe des Vereinssitzes, Kollektivs etc.)

Information zur Transparenzdatenbank (betrifft nur Vereine, GmbH, etc.)

Persönliche Transparenzdatenbanknummer

Bitte informieren Sie sich unter: <http://www.berlin.de/buergeraktiv/ehrenamtsnetz/transparenz/>

Festnetz

Mobil

E-Mail

Weitere Projektbeteiligte

Kurzbeschreibung (max. 500 Zeichen, ohne Leerzeichen)

Mögliche Kooperationspartnerschaften

Anzahl der Projekte/Veranstaltungen/Aufführungen, Laufzeit, ggf. Vor- und Nachbereitungszeit

Projektkosten

Beantragt wird die Bewilligung einer Zuwendung in Höhe von

1. FINANZIERUNG

Für einen ausführlichen Einblick in Ihre Finanzplanung füllen Sie bitte den Musterfinanzierungsplan des Fachbereichs Kunst, Kultur und Geschichte aus und fügen diesen der Bewerbung bei.

Kurzüberblick

Führen Sie hier bitte alle Kosten und Einnahmen auf, die in diesem Projekt voraussichtlich entstehen werden. Fassen Sie die Angaben wie folgt zusammen:

Personalkosten	Euro
<hr/>	<hr/>
Sachkosten	Euro
<hr/>	<hr/>
Gesamtausgaben für das Projekt	Euro

Vereinsregister

Handelsregister

sonstige Register: _____

Gemäß § _____ unserer Satzung vom _____ sind zur rechtsgeschäftlichen Vertretung unseres Vereines berechtigt (Bitte Kopie der Satzung beifügen.):

Name

Funktion

Die Zuwendung soll auf folgendes Konto überwiesen werden:

Kontoinhaber*in _____

IBAN _____

Erklärungen:

Ich / wir erklären, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist und auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde begonnen wird.

Ich / wir versichern, die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Ich / wir bestätigen die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben, ebenso die Angaben im Finanzierungs- bzw. Wirtschaftsplan.

Mit der Veröffentlichung meines / unseres Namens und Postanschrift als Zuwendungsempfänger, Art, Höhe und Zweck der Zuwendung bin ich / sind wir einverstanden (Nr.1.5 der AV zu §44 LHO).

Die Ausschreibungsbedingungen laut Förderrichtlinien und Verfahrensgrundsätze sind mir / uns bekannt. Ich / wir erkennen sie an.

Falls ich von anderer Stelle eine Förderung für dasselbe Vorhaben erhalten sollte, werde ich dies dem Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte umgehend mitteilen.

Datum

rechtsverbindliche Unterschrift der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person

Bitte als Anlage beifügen:

1. **Konzept** (Anlage 1, formlos, max. 3 Din-A4 Seiten)
2. **Zeitplan** (Anlage 2, formlos)
3. **Finanzierungsplan** (Anlage 3, Vordruck ist zu verwenden)
4. Kurze **Selbstdarstellung mit Vorstellung des Projektteams** (Anlage 4, formlos, max. 2 Din-A4 Seiten)
5. **Ausgewählte Referenzprojekte** (Anlage 5)
6. Ggfs. Vereinssatzung oder Auszug aus dem Vereinsregister (Anlage 6)
7. Ggfs. Nachweis Vorsteuerabzugsberechtigung (Anlage 7)

ACHTUNG! Die folgenden zwei Seiten müssen nicht ausgedruckt werden. Mit Ihrer Unterschrift willigen Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten gemäß der nachfolgenden Informationen nach Art. 13 DSGVO ein.

Information nach Art. 13 DSGVO für Antragstellende

Vorbemerkung

Gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO verarbeiten wir Ihre personenbezogene Daten, die wir für die Durchführung eines Antragsverfahrens benötigen, nur mit Ihrer Einwilligung. Nachfolgend informieren wir Sie darüber, welche Daten wir im Rahmen der Antragsverfahren zur Kunst- und Kulturförderung erfassen und wie wir sie verarbeiten. Dies betrifft alle Anträge auf Projektförderung, Anträge auf Infrastrukturförderung sowie Anträge auf Zuwendungen aus dem Bezirkskulturfonds.

1. Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Bezirksamt Mitte von Berlin
Amt für Weiterbildung und Kultur
FB Kunst, Kultur und Geschichte
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin
Dr. Ute Müller-Tischler: ute.mueller-tischler@ba-mitte.berlin.de

2. Beauftragte für den Datenschutz

Datenschutzbeauftragter des Bezirksamtes Mitte
Sandra Müller datenschutz@ba-mitte.berlin.de

3. Kategorien verarbeiteter Daten

Juristische Personen

- Name und Anschrift (des Vereins / der Firma etc.)
- Email-Adresse, Telefonnummer und ggf. Website
- Name(n) der Kontaktdaten der benannten Ansprechpartner*innen
- Rechtsform sowie entsprechende Unterlagen zum Nachweis (z.B. Vereinsregisterauszug)
- Transparenzdatenbanknummer
- Projektbeschreibungen, -anlagen und weitere antragsrelevante Angaben / Unterlagen

Natürliche Personen

- Name und Anschrift
- Email-Adresse, Telefonnr. und ggf. Website
- Projektbeschreibungen, -anlagen und weitere antragsrelevante Angaben / Unterlagen

Im Fall einer Bewilligung werden folgende weitere Daten verarbeitet

- Bankverbindung zur Auszahlung der Zuwendungssumme
- Verwendungsnachweis, ggf. Projektdokumentationen zum geförderten Projekt

4. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die oben genannten Daten verwenden wir für die Durchführung des Antrags- und Zuwendungsverfahrens. Die Rechtsgrundlage findet sich in Art. 6 Abs. 1 lit a DSGVO.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb des Bezirksamtes Mitte von Berlin

- Fachbereich Kunst und Kultur im Amt für Weiterbildung und Kultur
- Wirtschaftsstelle des Amtes für Weiterbildung und Kultur
- *bei Bewilligung zusätzlich:* SG Öffentlichkeitsarbeit im Amt für Weiterbildung und Kultur
- *bei juristischen Personen zusätzlich:* SE Steuerungsdienst/Finanzen/Personal

Außerhalb des Bezirksamtes Mitte von Berlin

- Mitglieder der Förderbeiräte im Rahmen der Antragsbewertung
- Fachfirma zur Vernichtung der Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen

6. Dauer der Speicherung

Antragsunterlagen nicht-geförderter Projekte in Papierform werden durch eine externe Fachfirma DSGVO-konform vernichtet. Antragsunterlagen geförderter Projekte in Papierform werden nach mindestens sechs Jahren Aufbewahrung (gem. AV LHO Berlin § 71 Anlage 1) gleichermaßen fachgerecht vernichtet.

Eine Löschung der in digitaler Form vorhandenen Daten erfolgt nach einer Frist von zehn Jahren, da die digitale Erfassung der Daten im Kontext des rein analogen Antragsverfahrens viel Arbeitszeit erfordert und eine häufigere Löschung ineffizient wäre. Ausgeschlossen von der Löschung innerhalb der o.g. Fristen sind allgemeine Angaben zum Projekt (Projektdauer, Förderhöhe, Zuwendungsempfänger*in, Projektpartner*innen bei BKF-Projekten, künstlerische Sparte, Veranstaltungsort, Projektzeitraum, Anzahl der Mitwirkenden).

7. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherte Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollen (Art. 16 DSGVO)
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung, von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DSGVO).
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden(Art. 77 DSGVO).

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Berlin,

Alt-Moabit 59 -61, 10555 Berlin, Telefon (030) 13889-0, Telefax (030) 2155050, E-Mail:

mailbox@datenschutz-berlin.de